

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Sozialpolitik

Torsten Geerds zu TOP 40 und 49: Das Wohnraumumfeld ermöglicht soziale Teilhabe

Das Wohnen in den eigenen vier Wänden ist die bevorzugte Lebensform der meisten älteren Menschen in unserem Land. Sie bevorzugen dies auch, wenn ein besonderer Hilfe- und Betreuungsbedarf vorhanden ist. Deshalb ist es unser gemeinsames Ziel, den Erhalt der selbständigen und selbst bestimmten Lebensführung in der eigenen Häuslichkeit auch in der Phase der Unterstützungs- und Pflegebedürftigkeit zu ermöglichen. Dabei dürfen wir die Belastung von pflegenden Angehörigen nicht außer Acht lassen. Sie müssen rund um die Uhr verfügbar sein.

Es ist aber hoch anzurechnen, dass viele Menschen als Gründe für die Übernahme der Pflege zu allererst familiäre emotionale Bindungen und innerfamiliäre Solidarität nennen. Diese positive Motivation gilt es, durch Unterstützung und Entlastung zu begleiten und abzufedern.

Der Sicherung der sozialen Teilhabe durch Etablierung neuer Wohn- und Betreuungsformen und die Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements kommt eine besondere Bedeutung zu. Wichtigste Voraussetzung für die Ermöglichung einer sozialen Teilhabe ist das Wohnraumumfeld. Wir brauchen mehr altengerechte Wohnungen, bei denen nicht ausschließlich der Aspekt der Betreuung und der Pflege im Vordergrund stehen.

Hinzu kommen auch Aspekte wie der Freizeitwert oder die kulturelle Anregung sowie die Möglichkeit zu Sozialkontakten, die Erreichbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Anbindung an Einkaufszentren, Ärzte oder Apotheken. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass wir uns zusätzlich konzentrieren auf die Aufgabenstellung generationenübergreifendes Wohnen zu ermöglichen und Wohngemeinschaften für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern.

Von großer Bedeutung für die ältere Generation ist aber auch ein breites Angebot an haushaltsnahen Dienstleistungen. Denn pflegebedürftige Menschen haben in der Regel in dieser Frage einen hohen zusätzlichen Bedarf, um eine eigenständige Lebensführung zu Hause aufrechterhalten zu können.

Im Lande Schleswig-Holstein gibt es ein enges Netz an Haushaltshilfen, Angeboten von Essen auf Rädern, Fahr- und Begleitdiensten sowie einer Sozialbetreuung durch viele ehrenamtliche Dienste, wie z. B. unsere Besuchsdienste.

Der Bericht macht zusätzlich deutlich, welche weiteren Herausforderungen auf die Gesellschaft durch besondere Krankheitsformen hinzukommen. Genannt sei hier ein erhöhter Betreuungsbedarf für demenzkranke Menschen. Die Altersdemenz ist inzwischen eine der häufigsten Ursachen von Pflegebedürftigkeit. In Schleswig-Holstein leben rund 37.000 demenzkranke Menschen.

Ebenfalls steigen wird der Betreuungsbedarf psychisch kranker Personen. Alle Hilfen für psychisch kranke Menschen haben zum Ziel, tief greifende Auswirkungen psychischer Erkrankungen und Behinderungen für Betroffene abzubauen oder zu mildern. Außer Acht lassen dürfen wir auch nicht, dass wir ein breites Angebot für Menschen mit Suchterkrankungen benötigen.

Wir reden, wenn es um die ambulante Betreuung und ambulante Pflege geht, also nicht nur über die ältere Generation, sondern auch über viele junge Menschen, für die wir bisher kein ausreichendes Betreuungsangebot vorhalten können.

Der uns heute vorliegende Bericht „Pflege stärken“ macht deutlich, in welchem großem Maß Familien in Schleswig-Holstein bereit sind, notwendige Pflegeaufgaben zu übernehmen. 74.000 Menschen in unserem Land gelten als pflegebedürftig. Davon werden 46.000 auf Hilfe angewiesene Bürgerinnen und Bürger zu Hause gepflegt und unterstützt.

Festzuhalten ist außerdem, dass über 70 % der zu Hause lebenden Pflegebedürftigen ohne die regelmäßige professionelle Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst auskommen. Der große Streit, der in den vergangenen Jahren immer wieder geführt worden ist, drehte sich um die Frage, ob die Einrichtung von unabhängigen Pflegeberatungsstellen wirklich zu einer Minderbelastung für die Sozialhilfeträger führen wird.

Der Bericht belegt, dass sich die Einrichtung von Pflegeberatungsstellen für unsere Kommunen rechnet. Nach den Feststellungen der wissenschaftlichen Begleitforschung beläuft sich die von den acht Beratungsstellen bewirkte Vermeidung von Sozialhilfeaufwendungen im Jahr 2005 auf knapp 1,5 Millionen Euro. Setzt man die Aufwendungen dagegen, die für den Betrieb der Beratungsstellen erbracht werden, verbleibt eine echte Einsparung an Sozialhilfemitteln von insgesamt ca. 235.000 Euro. Hinzu kommen die Einsparungen für die Träger der Pflegeversicherung. Für sie hat die wissenschaftliche Begleitforschung feststellen können, dass es im Jahre 2005 Einspareffekte in einer Größenordnung von 844.000 Euro gegeben hat.

Es ist ein gutes Zeichen, dass die Mehrheit der Nutzerinnen und Nutzer die Ansicht vertritt, dass sich ihr Leben in den Aspekten, um die es in der Beratung ging, seither zum Besseren verändert hat.

63 % der befragten pflegebedürftigen Menschen teilten mit, dass sie das Gefühl haben, durch die Nutzung der Pflegeberatungsstelle in eine optimalere Betreuung gekommen zu sein. Und auch 53 % der Angehörigen sind überzeugt, dass sich in ihrem eigenen Leben durch die Beratung die Dinge zum Besseren verändert haben.

Wir sind davon überzeugt, dass eine weitere Qualitätssteigerung dazu beitragen wird, noch mehr Kosten für die Träger der Sozialhilfe, aber auch für die Träger der Pflegeversicherung einzusparen.

Die CDU-Landtagsfraktion dankt dem Ministerium für den vorliegenden Bericht, und wir bitten um Überweisung in den zuständigen Sozialausschuss.